

Die realen Kosten kultureller Bereicherung



Vorweg, diese sind kaum direkt zu ermitteln. Aber anhand des [vom statistischen Bundesamt genannten und recherchierten Durchschnittswertes](#), der sich aus allen Leistungen geteilt durch Bevölkerungsanzahl in der Bundesrepublik Deutschland ergibt, multipliziert mit der Summe der in Deutschland lebenden Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund, lässt sich ein eindeutiger Rückschluss errechnen.

Laut statistischem Bundesamt wurde im Jahre 2007 eine Summe von 706.868.000.000 Euro (rund 707 Milliarden also) an Sozialleistungen an die Bevölkerung gezahlt. Das sind laut statistischem Bundesamt für das Jahr 2007 pro Kopf der Bevölkerung 8.593 Euro. 29,06 Prozent aller in der Bundesrepublik Deutschland erwirtschafteten Gelder fließen demnach in direkte und indirekte Subventionen an die Bevölkerung. Man nennt das „Sozialquote“.

Doch genug der Erläuterungen. Setzt man voraus, dass die Grünen und die Linkspartei einmal die Wahrheit sprechen, so beträgt der Beitrag von Migranten am Bruttosozialprodukt 53.000.000.000 Euro (53 Milliarden). Teilt man diesen Betrag durch die Anzahl der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, so erwirtschaftet jeder Migrant im Durchschnitt 3.486,21 Euro im Jahr, bei einer Migrantenzahl von etwa 15,2 Millionen.

Die Bertelsmann Stiftung versuchte unlängst die Kosten durch Migration in Deutschland auf ein Minus von „nur 16 Milliarden Euro“ zu deckeln. Schleierhaft ist, woher die Bertelsmann Stiftung ihre Erkenntnis gewonnen hat – vom statistischen Bundesamt sicherlich nicht. Jeder Migrant erwirtschaftet nämlich, folgt man dem statistischen Bundesamt, eine Unterdeckung von sage und schreibe 5.106,79 Euro pro Jahr! Auf die Anzahl der Migranten, die sich in der Bundesrepublik aufhalten (inklusive Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund) ergibt sich somit eine Unterdeckung von 77.623.208.000 Euro (77,62 Milliarden).

77,62 Milliarden Euro ist die Summe, die Migration die deutschen Steuerzahler jährlich kostet. Dies ist die Summe, die Jahr für Jahr nicht für Schuldentilgung und Infrastruktur ausgegeben werden kann. Die Summe ist fast doppelt so hoch, wie die Schuldentilgung bzw. der Zinsabtrag für die Staatsverschuldung.

77,62 Milliarden Euro ist die Summe, von der die Bevölkerung besser nichts erfährt. Denn dann würden die Fragen gestellt, welche sofort den Stempel „Rechtsradikal“ erhalten würden. Dann würde gefragt: Welche Teile der Bevölkerung verursachen derart hohe Kosten? Schnell würde man auf die Anzahl der in Deutschland lebenden Türken und Araber kommen, derer Kinder und Jugendliche man so vermehrt sieht. Es würden die „Kopftuchfrauen“ um ein vielfaches mehr auffallen und man würde nachfragen: Wie viele von ihnen leben denn in der Bundesrepublik Deutschland?

Nun, was die Türken und Araber angeht, so wird deren Zahl auf etwa 3,5 Millionen geschätzt. Davon etwa 700.000 mit deutscher Staatsangehörigkeit. An Türken mit türkischer Staatsangehörigkeit, also türkische Staatsbürger, etwa 2,5 Millionen Personen. Multipliziert mit dem „Durchschnittsminus“, wie oben errechnet, ergibt sich die stolze Summe von: 12.766.975.000 Euro (12,766 Milliarden). Diese Summe, das kann sich jeder denken der bei Verstand ist

und sich in Deutschlands Großstädten umsieht, ist natürlich viel zu niedrig angesetzt. Aber sie ergibt sich aus dem statistischen Durchschnittswert. Immerhin, das ist eine beachtliche Summe, die der deutsche Staat der Türkei im Prinzip jedes Jahr schenkt. Dafür erhält der Steuerzahler viele Kriminelle und integrationsunwillige Menschen.

Fazit: Allein schon aus wirtschaftlichen Gründen muss die Migration von Unterschichten, die sich in Deutschland rapide vermehren, als gescheitert angesehen werden. Von den kulturellen und ideologischen Konflikten gar nicht erst zu reden. Deutschland kann dieses Tempo der Unterschichtenmigration und deren Folgen für die Steuerzahler aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht mehr lange aufrecht erhalten.

Statistische Zusammenfassung:

Sozialleistungen 2007 insgesamt: 707 Milliarden Euro

Pro Kopf: 8.593 Euro

*Anzahl der Migranten und Personen mit Migrationshintergrund:
15,2 Millionen*

Einkünfte ohne Sozialleistungen von Migranten: 53 Milliarden Euro

Pro Kopf: 3.486,21 Euro

Unterdeckung im Sozialsystem pro Kopf: 5.106,79

*Wahre Kosten der Migration, auf den Durchschnitt bezogen,
somit: 77,62 Milliarden Euro*

(Gastbeitrag von adigalland)

Gegen Christen wird ermittelt

...



Wenn Moslems in Deutschland offiziell zum Töten ungläubig gewordener Rechtgläubiger aufrufen, wie [jüngst das Islamische Zentrum Münster](#), muss erst [umständlich geprüft](#) werden, ob hier eine strafbare Handlung vorliegen könnte. Wenn aber ein christlicher Verein wahrheitsgemäß verkündet, Moslems würden die Menschenrechte mit Füßen treten und in moslemischen Ländern gebe es noch jede Menge Sklaven, dann werden [umgehend Ermittlungen](#) aufgenommen.

Das Polizeipräsidium Mittelfranken ermittelt gegen den Verein «Christsein heute» aus Röttenbach (Landkreis Erlangen-Höchstadt) wegen des Verdachts der Ausländerfeindlichkeit. Vereinsvorsitzender Heinz Galster aus Röttenbach hatte im Oktober einen Spendenbrief versandt, in dem er Muslime und Türken pauschal verunglimpft.

In Röttenbach haben sich Bürger bei Pfarrerin Ulrike Lorentz über den Inhalt des Schreibens beschwert. «Die Mitglieder der Gemeinde sind entsetzt», sagt die Geistliche. Einerseits zeige der Verein «Christsein heute» mit seiner Hilfe für Rumänien «gutes Engagement», andererseits aber werde sich vermutlich der Kirchenvorstand mit den «harten» Äußerungen gegen den Islam befassen, weil das so nicht akzeptiert werden könne.

Auch im Dekanat Erlangen werden die Aussagen Galsters, wonach

in allen 3000 Moscheen in Deutschland gegen die Deutschen gehetzt werde und Anschläge vorbereitet werden würden, verurteilt. Heinz Galster hatte unter der Überschrift «Deutschland – wohin gehst Du??» die Moslems unter anderem beschuldigt, Menschenrechte mit Füßen zu treten: «Auch heute noch gibt es jede Menge Sklaven in allen moslemischen Ländern».

Ob andere Äußerungen Galsters strafrechtliche Bedeutung haben, werde sich erst während der Ermittlungen gegen den Vereinsvorsitzenden zeigen, sagte ein Polizeisprecher.

Das Röttenbacher Missions- und Hilfswerk «Christsein heute» besteht seit etwa 14 Jahren. Bis zum Jahr 2004 wurden rund 75 Hilfstransporte in die Bukowina, einer der ärmsten Gegenden Rumäniens, organisiert. Der Spenden-Einzugsbereich reicht von Nürnberg bis Coburg und von Tirschenreuth bis nach Unterfranken.

In der Vergangenheit wurde «Christsein heute» stets für seinen vorbildlichen Einsatz in Rumänien gelobt. Denn Heinz Galster und seine ehrenamtlichen Helfer waren stets selbst in das osteuropäische Land gefahren, um die Hilfsgüter vor Ort zu verteilen.

Tja, da kann er noch so viel Gutes tun. Einmal was Wahres, also Falsches, zum Islam geäußert, schon regt sich der Gutmensch. Der Fall erinnert an Susanne Winter, die geäußert hatte, dass der Prophet, auf dessen Vorbild sich alle moslemischen „Kinderfreunde“ berufen, nach heutiger Auffassung ein Kinderschänder gewesen sei, da er ein Kind heiratete.

Und was das Ganze mit „Ausländerfeindlichkeit“ zu tun hat, erschließt sich uns nicht sogleich. Aber vermutlich ist das Stichwort wichtig für den Kampf gegen Rechts™.

(Spürnase: Bernd v. S.)

Rolf Stolz verlangt Gegendarstellung in der NRhZ



[Vor vier Tagen](#) berichteten wir über den Artikel „[Duldung eines Rechten](#)“ von Eva Weissweiler (Foto) im linksextremen Online-Portal „Neue Rheinische“, in dem der Islamkritiker und Mitbegründer der Grünen, Rolf Stolz, als ausländerfeindlich und rassistisch dargestellt wird. Stolz verlangt nun eine Gegendarstellung in der NRhZ zu den seine Ehre, Persönlichkeits- und Autorenrechte verletzenden Behauptungen.

Da die Gegendarstellung von Rolf Stolz, die vom 17.12. datiert, bislang noch nicht in der NRhZ publiziert wurde, veröffentlichen wir sie nachfolgend im Wortlaut:

1. E. Weißweiler bezichtigt mich – ohne Beweise vorzulegen – des Rechtsextremismus und behauptet, ich äußere Thesen, „die als ausländerfeindlich, rassistisch und islamophob gelten könnten oder gar als Verharmlosung der NS-Geschichte“. Ich habe als Mitbegründer und Mitglied der GRÜNEN mich stets gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit engagiert und für eine aktive Bekämpfung von Alt- und Neufaschisten eingesetzt. Meine Kritik am Islamismus und an einer reaktionären Koranauslegung ist nicht „islamophob“, sondern unterstützt

Reformmuslime und wird von diesen unterstützt. Ich habe niemals irgendeinen negativen Satz über die Ausländer geschrieben, sondern stets deutlich gemacht, daß politische und unpolitische Kriminelle (also etwa Terrorunterstützer und Drogendealer), gegen die man mit rechtstaatlichen Mitteln vorgehen muß, nur eine kleine Minderheit unter den Ausländern ausmachen.

2. Ich habe den Begriff „ausländischer Mitbürger“ deshalb als Widerspruch in sich bezeichnet, weil Ausländer in keinem Land der Welt alle Bürgerrechte besitzen. Ich habe klar gefordert, daß Ausländern die Einbürgerung ermöglicht wird und diejenigen, die als Gast in Deutschland leben wollen, als Mitmensch mit allen Menschenrechten im Rahmen der demokratischen Rechtsordnung gesichert leben und arbeiten können.

3. Ich habe nie die Bewohner der Ausländerghettos als „kriminelles Pack“ bezeichnet. Ich habe lediglich Nicolas Sarkozy zugestimmt in seiner Kennzeichnung jener kleinen Tätergruppe, die Juden verprügelt, Kirchen, Schulen und Autos in Brand setzt.

4. Ich habe nie mit „Reden“ vor den Burschenschaften diesen unbezahlte verbale Unterstützung geleistet. Ich habe im Rahmen meiner publizistischen Tätigkeit vor Burschenschaften wie auch vor anderen politischen und sozialen Organisationen des demokratischen Spektrums gegen Honorar wissenschaftlich fundierte Vorträge gehalten.

5. Ich habe nie die „ethnische Assimilierung der Migranten“ verlangt. Ich vertrete freiwillige Assimilation (also „Ähnlich-Werden“, weder Zwangsgermanisierung noch totale Angleichung) als Staatsziel für die Mehrheit der Zuwanderer. Ich habe nie die Zuwanderung auf „Volksdeutsche“ und EU-Bürger begrenzen wollen, sondern z. B. die Aufnahme von Asylbedürftigen oder russischen Juden entschieden verteidigt. Ebenso bin ich kein „Nationalrevolutionär“, sondern habe

diese Richtung stets als sektiererisch und nationalistisch kritisiert.

5. Ich habe 1997 auf dem Wartburg-Fest der Deutschland-Bewegung gesprochen – damals eine unzweifelhaft demokratische, von Alfred Mechttersheimer, dem ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten und Friedensforscher, kurz vorher gegründete Organisation. Ich habe (siehe Wikipedia) 1998 meine Zusammenarbeit mit Mechttersheimer (und damit auch mit der Deutschland-Bewegung) beendet – wegen seiner plötzlich geäußerten Bereitschaft zu Absprachen mit „Republikanern“, DVU, NPD.

6. Ich habe nie zum „Kampf gegen alles Undeutsche“ aufgerufen oder den denunziatorischen Begriff „Undeutsches“ benutzt.

Rolf Stolz

UPDATE v. 23.12.: Inzwischen hat die NRhZ die Gegendarstellung von Rolf Stolz unter dem Artikel von Eva Weissweiler veröffentlicht.

- » BPE: [Rolf Stolz von linken Hetzern zum Abschuss freigegeben](#)
- » Eussner: [Stolz und der islamisierte Verband Deutscher Schriftsteller](#)

TAZ: Sexualmoral wie in den 50er Jahren



Die taz zu lesen, ist immer wieder lustig. Heute bringt sie [ein Interview](#) mit Prof. Dr. [Hans-Jürgen von Wensierski](#) von der Uni Rostock, der uns erklärt, dass die Sexualmoral junger Muslime heute etwa der der 50er Jahre entspricht – nur irgendwie viel moderner und fortschrittlicher, denn mit den jungen Moslems kann man über Sex sprechen. Und das konnten unsere Spießer damals nicht.

Die Sexualmoral der jungen Muslime entspricht in vielem dem, was wir aus den 50er-Jahren kennen.

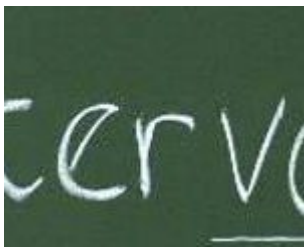
Ein großer Teil unserer Interviewpartner hat eine ausgesprochen asketische und verbotsorientierte Sexualmoral, also: kein Sex vor- und außerhalb der Ehe, keine sexuelle Erfahrungen im Jugendalter. Das heißt auch: Die Jugendlichen werden zu Hause nicht aufgeklärt, dort wird über Sexualität nicht gesprochen. Damit einher geht eine starke Sexualisierung insbesondere des weiblichen Körpers, der wiederum tabuisiert wird.

(...)

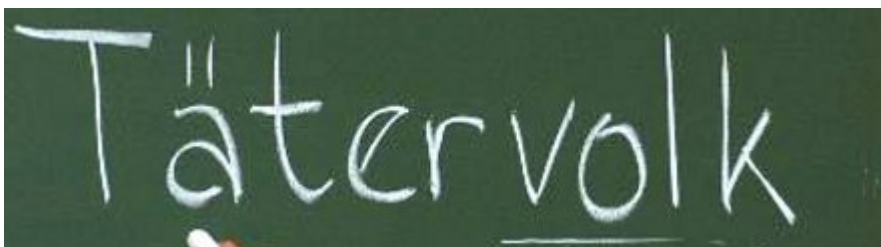
Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied zur Elterngeneration: Die jungen Muslime sind diskursfähig. Sie können unbefangen über Sexualität reden. Insofern muss man eigentlich von einer Gleichzeitigkeit der Sexualmoral der 50er- und der 90er-Jahre sprechen.

Es gibt noch einen wichtigen Unterschied: Die Kollateralschäden der pruden Sexualmoral, wie Zwangsheirat und Ehrenmord, kamen in den 50ern nicht vor. Aber darüber redet man nicht, denn das sind nur Einzelfälle und nicht charakteristisch für den Islam.

(Spürnase: Candide)



Denunzianten kommen vor der Diktatur



Als Potsdams

Oberbürgermeister Jann Jakobs eine linke Antifa-Aktion mit der Bemerkung kommentierte, die Nazis hätten zur Einschüchterung von Andersdenkenden ähnliche Methoden angewandt, wurde ihm Verharmlosung der SA vorgeworfen. Ähnlich erging es dem niedersächsischen Ministerpräsident Christian Wulf mit seiner „Pogromstimmung“. Überall liegen [Kontrollure auf der Lauer](#), die auf mögliche falsche Wortwahlen achten, um die Übeltäter zu denunzieren. Eine typische Methodik des aufkeimenden Totalitarismus.

Bei der falschen Wortwahl ist in Deutschland bald einmal „Autobahn“:

Gewisse Worte lösen nahezu unabhängig vom Kontext, in dem sie stehen, pawlowsche Reflexe aus. Der Begriff „Autobahn“ etwa führte die TV-Sprecherin Eva Herman bei Johannes B. Kerner endgültig auf den diskursiven Seitenstreifen.

Um nicht den Verdacht des unterschwellig doch vorhandenen Rassismus auf sich sitzen zu lassen, versteckt man sich hinter Ausweichkapriolen.

Verboten ist ferner das Wort „Rasse“, denn es gibt keine. Was aber immer wieder mit der größten Selbstverständlichkeit in den Medien vorkommt, sind Rassenunruhen. Wer mag für sie verantwortlich sein? Erstaunlich überdies, dass gerade diejenigen, die am vehementesten meinen, es gebe keine Rassen, bei der Wahl Barack Obamas immer wieder auf seine Hautfarbe hinwiesen. Hier beginnt schon der nächste verbale Eiertanz. Das N-Wort ist verboten (auch wenn es jeder denkt), und das gleichbedeutende „schwarz“ inzwischen so gut wie. Also ward das Wort „farbig“ herbeigefaselt. Farbig ist allerdings auch George Bush, nämlich ungefähr beige. Darf der sich nun diskriminiert fühlen?

Dem „deutschen Volk“ leisten zwar die Politiker ihre Eide, gleichzeitig ist es aber paradoxerweise tabu und verboten.

Der Begriff „deutsches Volk“ wiederum steht zwar in der Eidesformel unserer Politiker, sollte aber ansonsten nicht verwendet werden, denn das haben schon die Nazis getan.

Den Grund für dieses Verhalten sieht Romanautor Michael Klonovsky in der Ahnung,

dass die Nazi-Ära die letzte Periode der deutschen Geschichte war, von der international geredet wird, eine Art Kainsmal als Markenzeichen, mit dem man, in Sack und Asche zwar, aber immerhin, noch hausieren gehen kann.

Mit Dichtern und Denkern wartet dieses Land ja kaum mehr auf, dafür mit Unwort-Dektoren und Gesinnungsgouvernanten, die sich durch die wohlfeile nachträgliche Distanzierung von Hitler und den Seinen wichtig zu machen versuchen.

Jedoch ist erhöhtes Denunziantentum nicht nur eine Spielerei, sondern ein Grund für erhöhte Besorgnis. Wenn sich in einem Staat die Spitzel und Denunzianten mehren, sind diese sichere Vorzeichen einer aufkeimenden Diktatur.

Österreichs GrünInnen-Dilemma



Eigentlich hatten sich die GrünInnen Österreichs ihre Zukunft ganz anders und sicher viel besser vorgestellt: statt Stimmengewinnen bei den Nationalratswahlen mit anschließender Regierungsbeteiligung, herrschen nun Chaos, Streit und Zukunftsängste. Die ÖkolinkInnen sind verunsichert und desorientiert. Kein Wunder, statt gut dotierter Posten gibt es Zoff und als Draufgabe fällt nun auch Efgani Dönmez (Foto r.), seines Zeichens Bundesrat mit türkischen Wurzeln, mit „unguten“ Sprüchen auf.

Dönmez will kriminelle und abgewiesene Asylwerber rasch [aus Österreich ausweisen](#) lassen. Was eigentlich selbstverständlich ist, ist für die naiven grünen GutmenschInnen schlichtweg ein unfassbarer Skandal. Wie die pawlow'schen Hunde kläfften sie deshalb wenig überraschend „Rassismus“ und „rechte Sprüche“. Wer kriminelle Ausländer zur Verantwortung ziehen will, muss in ihren Augen mindestens ein Nazi sein. Peinlich allerdings, dass diese Aussagen nicht von einem verhassten ÖVP- oder FPÖ-Politiker gemacht wurden, sondern von einem Grünen, der

obendrein noch einen türkischen Hintergrund hat, und damit nach grüner Definition gar kein Faschist oder Rassist sein kann. Dönmez kann deshalb auch nicht von den GrünInnen abgeschoben werden. Außerdem – und das ist für die GrünInnen-Fundis besonderes hart – der ein oder andere Parteigenosse hat Dönmez Aussage sogar [begrüßt](#).

Klopft da etwa die multikulturelle Realität leise an die Tür des grünen Elfenbeinturms oder wie ist es zu erklären, dass sich die [Partei der deklarierten Inländerhasser](#) plötzlich über ihre Linie in der Ausländerpolitik [streitet](#). In den vergangenen 20 Jahren war eine restriktivere Ausländerpolitik jedenfalls kein Thema. Die grüne Idylle ist eben ein recht zerbrechliches Gebilde. Dönmez hat aber nicht nur mit seinen Aussagen zur Asylpolitik die GrünInnen aufgeschreckt, mit seinem Spruch [„Brüste würden bei den Grünen als Qualifikation nicht reichen“](#), landete er gleich noch einen Treffer. [„Sexismus“](#) antworteten die empörten grünen Gender-Mainstream Emanzen und forderten Konsequenzen bis hin zum Rücktritt. Doch Dönmez legte noch einen drauf und konterte „nur weil sich in Wien ein paar auf den nicht vorhandenen Frauen-Schlips getreten fühlen? Sicher nicht.“

Multikulturelle Bereicherung in den eigenen Reihen, auch wenn sie in diesem Fall konstruktiv und sinnvoll ist, finden die GrünInnen offenbar gar nicht lustig. Da verstehen die linken Gender-Mainstream Emanzen einfach keinen Spaß. Und überhaupt, die GrünInnen haben derzeit ganz andere Probleme, als sich mit einem grünen Sexisten und Macho herumzuschlagen. Schließlich ist gerade der Kampf um die – nach den Wahlen weniger gewordenen – gut bezahlten Jobs und Posten voll entbrannt, lang gediente BerufsgrünInnen bangen um ihre Einkünfte und Existenzen.

Außerdem muss das katastrophale Abschneiden der GrünInnen bei den jungen Österreichern bei der Nationalratswahl noch ver- und aufgearbeitet werden. [Schließlich haben die Jugendlichen nicht die – laut Eigendefinition – junge dynamische Grün-](#)

[Partei, sondern die FPÖ gewählt.](#) Der Multikulti-Schmäh und die Nazikeule nützen sich erstmals ab. Nur noch diejenigen, die mit gutem (meist steuerfinanzierten) Einkommen am Sonnendeck der Gesellschaft leben und von der multikulturellen Bereicherung noch nicht betroffen sind, wählen grün. Eine Wählerschicht, die von Monat zu Monat überschaubarer wird. Selbst die Kernwählerschichten der GrünInnen (PädagogInnen, StudentInnen, SozialberuflerInnen, etc.) fragen sich mittlerweile, ob die grüne Ausländer- und Integrationspolitik nicht vielmehr das Problem, als die Lösung der sich dramatisch verschlechternden Zustände in Österreich ist.

Selbst die kommenden Landtagswahlen in der grünen Hochburg Wien verheißen da nichts Gutes. Die Reihe von brutalen und scheinbar vollkommen grundlosen Überfällen von [moslemischen Migranten auf Schulkinder](#) oder harmlose Passanten sind auch nicht gerade das beste Wahlkampfeszenario für die grünen Multikulti-Apologeten. Die Klimahysterie ebbt trotz massiver Gegenanstrengungen der GrünInnen auch immer mehr ab und mit der Angst vor den von den Grünen lancierten (Beinahe)Katastrophen wie Feinstaubbelastung, Autoverkehr oder Atomkraft lässt sich kaum noch jemand mobilisieren. Die Lieblingsthemen der GrünInnen haben sich zum politischen Ladenhüter entwickelt.

Die GrünInnen haben (Gott sei Dank) ihren politischen Zenit überschritten – diese Erkenntnis scheint sich allgemein langsam durchzusetzen – mit Ausnahme von Mittelschulprofessoren in der Provinz und den Journalisten der Mainstreammedien. Von repräsentativen Umfragen ist bekannt, dass ein Großteil der Journalisten Grünwähler ist. Ihrem eigenen Weltbild entsprechend und mit ihrer sich selbst zugeschriebenen moralischen Überlegenheit ausgestattet, versuchen sie, das mittlerweile tote grüne Pferd weiter über die Rennbahn zu prügeln. Obwohl die Grünen nach den vergangenen Wahlen die kleinste der insgesamt fünf Parlamentsparteien sind, sind die Berichte über die

ZwergInnenpartei nach wie vor äußerst zahlreich und stets wohlwollend. Die wichtigen Massenmedien geben der verfehlten Politik dieser Noch-10% Partei eine Bedeutung, die sie nicht mehr hat. Die Grüne Hofberichterstattung der heimischen Medien ist durch nichts anderes als durch die persönlichen Präferenzen der Journalisten legitimiert. Grüne Politik wird so zum Maßstab und zur Richtschnur des politischen Handelns aller Parteien gemacht. So muss etwa ein konservativer Politiker, der strengere Regeln beim Zuzug von Ausländern fordert, nicht nur gegen die Grünen ankämpfen (dies wäre gar nicht der Rede wert), sondern er muss vor allem gegen die geballte Medienmacht in Österreich antreten. So bestimmen die Grünen mit ihren Gehilfen in den Redaktionen, ohne je in einer Bundesregierung gewesen zu sein, die Politik des Landes nach wie vor wesentlich mit. Doch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung werden auch die Mainstreamjournalisten bzw. ihre Arbeitgeber enden wie die Grünen: immer mehr Leser und Zuseher werden ihnen den Rücken kehren. Eine leise Vorahnung scheint aber die Journalisten schon zu beschleichen, wenn selbst die grüne Hauspostille „Der Standard“ beginnt, die Politik der GrünInnen [ganz ganz vorsichtig zu kritisieren](#). Die ersten Ratten bereiten sich auf das Verlassen des grünen Schiffes vor. Ein gutes Zeichen.

» [Blog](#) von Efgani Dönmez

» Email: efgani.doenmez@gmx.at

(Gastbeitrag von A. Wappendorf)

Körting erlaubt Burkinis in

Berlins Hallenbädern



Die Islamisierung Deutschland schreitet unaufhaltsam voran – und auch in diesem Fall sind es die deutschen Dhimmis, die den Moslems den roten Teppich dahin ausrollen. Burkinis, die hässlichen Schwimmeinteiler für muslimische Frauen, dürfen auf Geheiß von Berlins Innensenator und Bäder-Aufsichtsratschef Ehrhart Körting ab sofort in Berliner Hallenbädern getragen werden. Bislang war dies aus Hygienegründen noch verboten.

Die [BILD-Zeitung](#) ist entzückt von der Idee und macht auch gleich Werbung für eine Burkini-Internet-Händlerin:

Man sieht nur Gesicht, Hände, Füße. Alles andere ist verhüllt. Dieser Burkini (Burka + Bikini) ist ab sofort in den Berliner Hallenbädern erlaubt! Innensenator und Bäder-Aufsichtsratschef Ehrhart Körting (66, SPD) gab grünes Licht – damit auch alle Türkinnen und Araberinnen schwimmen gehen können.

Der Multikulti-Badeanzug besteht aus einer Hose und einem langärmligen Oberteil mit angenähter Kapuze – sie ersetzt das Kopftuch. Denn: Nach strenger Auslegung des Korans dürfen sich muslimische Frauen fremden Männern nicht unbedeckt zeigen.

„Deshalb kommen derzeit wenige muslimische Frauen in die Bäder. Oder sie wollen mit ihrer Straßenkleidung ins Wasser.“

Das war in der letzten Sommersaison ein Problem“, sagte Klaus Lipinsky (57), Chef der Berliner Bäder-Betriebe, zu BILD.

Die Burkini-Mode bringt Internet-Händlerin Nele Abdallah (www.dressed-to-swim.de) nach Berlin. Das Modell „Highline“ kostet z. B. 66 Euro. Erfunden hat den muslimischen Badeanzug eine libanesisches Rettungsschwimmerin in Australien. Designerin Aheda Zanetti: „Er gibt uns die Freiheit, uns zu bewegen, wie wir wollen.“

In Berlin hat der Bäder-Chef den Burkini an einem Vormittag im Stadtbad Neukölln prüfen lassen: Saugt sich das Material voll? Ist es wasserabweisend? Behindern die langen Ärmel und Beine?

Ein Problem aber bleibt: Unter dem verhüllenden Anzug müssen die Trägerinnen nackt sein. Aus hygienischen Gründen darf grundsätzlich kein Badegast Unterwäsche tragen. Weibliches Schwimm-Personal wird darauf achten.

Innensenator Körting: „Ich sehe den Burkini zwiespältig. Er eröffnet neue Wege der Integration, ermöglicht muslimischen Frauen das Schwimmen.“ Andererseits könnten Frauen von ihren Männern zum Umstieg vom Badeanzug zum Burkini gezwungen werden.

Körting: „Damit kein Druck ausgeübt wird, beschränken wir das Tragen zunächst auf die Frauenschwimmzeiten.“ Klappt der Test, wird der Multikulti-Anzug im Sommer überall erlaubt sein.

Wenn das Multikulti ist, dann würden wir gerne darauf verzichten.

(Danke an alle Spürnasen)

Schäfer-Gümbel will „Reiche“ enteignen



Nach seinem [Kopfzähl-Patzer](#) bei „Friedmann“ und seiner [Sympathie-Bekundung](#) für den venezuelanischen Linksextremisten Hugo Chavez hat der [„deutsche Obama“](#) Torsten Schäfer-Gümbel jetzt ein Wahlkampf-Thema gefunden, das beim (dummen) Volk immer gut ankommt: Er will die Reichen enteignen!

Die [BILD-Zeitung](#) berichtet:

Hessens SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Schäfer-Gümbel will bei Besserverdienern richtig zulangen! Schäfer-Gümbel zu BILD: „Eine Zwangsanleihe wäre ein schnell wirksames Instrument, um zusätzliches Geld für die Bewältigung der Wirtschaftskrise zu mobilisieren.“ Der Plan: Jeder mit über 750 000 Euro Vermögen (egal ob Bargeld oder Immobilien) soll davon dem Staat zwei Prozent für 15 Jahre leihen MÜSSEN – zu maximal 2,5 Prozent Zinsen. Der SPD-Politiker: „Das wäre sehr gerecht, weil damit nur die Besitzer großer Vermögen herangezogen würden.“ Mit den Einnahmen (rd. 50 Mrd. Euro) sollen die Anschaffung energiesparender Nahverkehrsbusse und Züge, neue Forschungsprojekte sowie Energiespartechneiken finanziert werden – aber keine Steuersenkungen. Schäfer-Gümbel: „Steuersenkungen sind in der Krise das absolut falsche

Instrument.“

Was wohl Ludwig Erhard dazu sagen würde?

(Spürnase: Oliver)

Das Leben des anderen ist unverfügbar



Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es im Grundgesetz. Dem Augsburger Bischof Walter Mixa war es wichtig so kurz vor Weihnachten im [Interview mit Deutschlandfunk](#) zu betonen, dass zu dieser Unantastbarkeit auch die Unverfügbarkeit über das Leben der anderen gehört. Diese Unantastbarkeit des Lebens gilt nach Ansicht Mixas auch gegenüber ungeborenen Kindern.

Bischof Mixa denkt dabei an die Weihnachtsgeschichte – das Geschehen mit Maria und Josef und diesem Kind in der Krippe und fragt sich:

Ist nicht gerade diese Menschlichkeit, die sich zeigt in einem Kind, das von einer Mutter umsorgt ist, das von einem Vater beschützt ist, ist nicht gerade dieses Geschehen ein urmenschliches Geschehen, an dem wir uns persönlich immer

wieder aufs Neue ausrichten können und das auch uns Heutigen beim näherem Zusehen durchaus etwas zu sagen hat?

Ideologie und richtige Gesinnung wird oft heute wichtiger genommen als wirkliche Menschlichkeit, um die es bei der Weihnachtsgeschichte geht. Darum formulierte auch der deutsche Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll:

„Die schlechteste christliche Gesellschaft ziehe ich noch tausend Mal der besten heidnischen Gesellschaft vor, denn in keiner wirklich heidnischen Gesellschaft hat es jemals Platz gegeben für Waisenkinder, psychisch Kranke, Arme und Behinderte.“

Mixa betont, dass es bei der Kinderfrage um mehr gehe als um Spekulationen über die demografische Entwicklung:

Was nützt mir die ganze Demografie, wenn ich nicht die Frage stelle: Wer ist der Mensch wirklich? Weil sich Gott in der Menschwerdung des Sohnes radikal auf unsere Seite gestellt hat, ergibt sich daraus logischerweise die Tatsache, dass ein Mensch dem anderen gleichwertig und gleich würdig gegenübersteht.

Und wenn dem so ist, dann hat kein Mensch ein Verfügungsrecht über das Leben des anderen. Und dann muss in aller Deutlichkeit nicht moralisierend, sondern einfach von der Wirklichkeit des Menschen her – ich würde sagen, von einer richtig verstandenen Psychologie, von einer richtig verstandenen Philosophie, von der richtig verstandenen Frage nach dem Sinn des menschlichen Daseins – ganz klar und eindeutig festgehalten werden: Abtreibung ist ein Unrecht, egal in welchem Monat diese Abtreibung geschieht.

Mixa denkt dabei nicht urteilend über die Eltern nach, sondern konzentriert sich ganz auf die Perspektive des Kindes als eigenes menschliches Leben. In unserem modern-multikulturellen

System wäre es auch in anderen Bereichen wichtig, die Würde des Menschen zu betonen, gerade auch gegenüber religiös-ideologischen Systemen, die bestimmte Menschengruppen abwerten und das Leben des einzelnen Menschen nicht als kostbar erachten. Der Mensch ist des Menschen größter Feind. Als Alternative dazu gibt es für den Bischof nur echte Nächstenliebe. Sie ist das wirklich Entscheidende an Weihnachten.

Auch Steinmeier will Guantánamo-Terroristen



Sollen in Deutschland

Unterschlupf finden: die für ihre Brutalität gefürchteten muslimischen Uiguren aus China arbeiten mit der El Kaida zusammen.

Nachdem der ~~Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung~~ CDU-Politiker Günter Nooke sich am Freitag als erster für die Aufnahme von Guantánamo-Terroristen in Deutschland stark gemacht hat, prescht Außenminister Frank-Walter Steinmeier jetzt nach. Nach Auffassung des SPD-Politikers dürfe der Plan des künftigen US-Präsidenten Barack Obama, das Gefängnis auf Kuba zu schließen, nicht am Problem der Aufnahme der Häftlinge in Drittstaaten scheitern, berichtet die [FAZ](#).

Im November hatten Anwälte von Guantánamo-Häftlingen ein Gespräch mit führenden Beamten des Auswärtigen Amtes über diese Angelegenheit geführt.

Am Sonntag hieß es, es dürfe bei der Aufnahme von Häftlingen

keine einschränkenden Festlegungen auf deren Religion und Herkunft geben. Das war auch auf etwa 20 muslimische Uiguren bezogen, die einst aus China nach Pakistan und Afghanistan geflohen waren und nun in Guantánamo gefangen gehalten werden. Die chinesische Führung sieht die Häftlinge als Terroristen an und pflegt gegen Maßnahmen von Drittstaaten zu deren Gunsten zu protestieren.

Nach Ansicht Steinmeiers dürfen Proteste anderer Regierungen aber nicht die Auflösung des Lagers verhindern. Wenn die Umstände der Schließung des Lagers und mögliche Auflagen bei der Freilassung der Häftlinge bekannt seien, sollten nach den Überlegungen Steinmeiers Gespräche mit den Innenministern von Bund und Ländern geführt werden. Im Auswärtigen Amt wurde auch von einem Akt der Solidarität mit Obama gesprochen, diesem zu helfen, seine entsprechenden Ankündigungen im Wahlkampf zu verwirklichen. Das Pentagon hatte vorige Woche bestätigt, dass es Pläne erarbeite, wie das Lager Guantánamo geschlossen werden könne.

Der – im Auswärtigen Amt angesiedelte – Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Nooke (CDU), hatte am vergangenen Freitag für die Aufnahme von Uiguren in Deutschland plädiert. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Beck, begrüßte das Anliegen. Er verwies darauf, dass ein solcher Antrag der Grünen aber im Bundestag an der Koalition und dort am Widerspruch der CDU gescheitert sei. „Es ist Zeit, dass Frau Merkel sich endlich äußert“, schrieb Beck.

Die deutschen Politiker sind emsig dabei dem Rat Brechts zu folgen: Sie suchen (wählen) sich tatsächlich ein neues Volk. Das noch existierende sollte sich schleunigst andere Politiker wählen. Dabei ist es fast egal, welche. Es wird nicht nur ein neues Volk gewählt, sondern gleichzeitig auch ein solides Fundament für den kommenden Bürgerkrieg gebastelt. Na, denn...

» PI v. 26.6.08: [Grüne wollen Guantánamo-Häftlingen Asyl geben](#)